



Adler: Gemeinsame Antworten auf wohnungspolitische Herausforderungen gefragt

Adler: Gemeinsame Antworten auf wohnungspolitische Herausforderungen gefragt
Um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, hat Bundesbaustatssekretär Gunther Adler für ein gemeinsames Vorgehen von Politik und Wirtschaft geworben. „Nur gemeinsam können wir eine qualitative und bezahlbare Wohnraumversorgung, eine gute Wohnumfeldgestaltung und lebenswerte Städte in unserem Land sicherstellen“, betonte Adler heute anlässlich des Wechsels im Vorsitz der Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland (BID). Als anstehende Herausforderungen nannte Adler unter anderem den Bedarf nach mehr Wohnraum und damit verbunden mehr Investitionen sowie neue mietrechtliche und sozialpolitische Antworten für das Wohnen in Ballungsräumen. „Die Aufgaben, die wir gemeinsam anpacken müssen, sind komplex und vielfältig. Sie reichen von der Energiewende über den demografischen Wandel bis hin zu Auswirkungen tiefgreifender struktureller Veränderungen“, betonte Adler. Um diesen Herausforderungen gerecht zu werden, will die Bundesregierung das Mietrecht reformieren, den altersgerechten Umbau sowie die energetische Sanierung vorantreiben und den sozialen Wohnungsbau wiederbeleben. In einem Bündnis für gemeinsames Wohnen und Bauen sollen alle großen Akteure der Bau- und Wohnungspolitik an einen Tisch gebracht werden. Der Startschuss für das Bündnis soll am 10. Juli 2014 fallen. „Die Antworten, die wir gemeinsam in der Bau- und Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik geben, sind zentral für den Erfolg unserer Wirtschaftspolitik.“
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)
Stresemannstraße 128 - 130
10117 Berlin
Telefon: 030 18 305-0
Telefax: 030 18 305-2044
Mail: service@bmu.bund.de

Pressekontakt

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

10117 Berlin

service@bmu.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

10117 Berlin

service@bmu.bund.de

Zum Geschäftsbereich des Bundesumweltministeriums gehören drei Bundesämter mit zusammen mehr als 2.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern: das Umweltbundesamt, das Bundesamt für Naturschutz sowie das Bundesamt für Strahlenschutz. Darüber hinaus wird das Ministerium in Form von Gutachten und Stellungnahmen von mehreren unabhängigen Sachverständigen-Gremien beraten. Die wichtigsten Beratungsgremien sind der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen und der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen.